



ATOMPOLITIK

Factsheet zur Bundestagswahl 2025

Kurzzusammenfassung

Atomkraft ist und bleibt eine Hochrisikotechnologie. Wir alle tragen die Risiken eines Reaktorunfalls oder müssen für Millionen von Jahren mit dem gefährlichsten Müll der Menschheitsgeschichte umgehen. Die angeblich neuen sicheren Reaktormodelle ebenso wie die Kernfusion sind Traumschlösser, die womöglich niemals realisiert werden, jedoch Forschungsgelder verschlingen. Atomkraft ist um ein Vielfaches teurer als Erneuerbare Energien und zu langsam, um als Klimaschutzmaßnahme wirksam zu sein. Atomkraft ist von gestern, in den flexiblen Energiesystemen von morgen hat sie keinen Platz. Das Festhalten an überholten Energiequellen verhindert Zukunftschancen.

Gegenkampagne: Zitat / Aufhänger / Fake News

- Atomkraft schafft vermeintlich Energieunabhängigkeit, Versorgungssicherheit, Klimaneutralität, kostengünstige Energieversorgung
- Alte AKW sollen laut CDU und Co wieder in Betrieb genommen werden
- CDU will neue Small Modular Reactors (SMR) und Kernfusion für zukünftig Energieversorgung
- „Deutscher Alleingang“ – Der Atomausstieg war laut CDU und Co ein Fehler (Strom teurer u. knapp)

Was droht mit Merz und Co?

Die Atomdebatte ist gegen die Energiewende gerichtet und schadet in mehrfacher Hinsicht dem Klimaschutz. CDU, FDP, AfD und tendenziell auch BSW suggerieren, mit Atomkraft jetzt oder in Zukunft sei die Energieversorgung gesichert und ein radikales Umlenken nicht notwendig. Die Stoßrichtung lautet „Weiter so!“ und „Atomkraft statt Verzicht“. Damit wird die Akzeptanz für sinnvolle Klimaschutzmaßnahmen in der Bevölkerung weiter verringert.

Gelder für die Energiewende drohen auf EU-Ebene und für sinnlose Forschungsvorhaben in den Atomsektor zu fließen. Ein konkreter Wiedereinstieg oder auch das Wiederanfahren der alten AKW ist aktuell nicht denkbar. Die Debatte bedient jedoch das Narrativ „Atomausstieg war ein Fehler“ und „Atomausstieg ist ein ideologischer Sonderweg“. Befeuert durch die populistische Scheindebatte steigt die Pro-Atom-Stimmung in Deutschland.

Warum ist das problematisch?

- **Mythos „ideologischer Atomausstieg“:** Erneuerbare Energiequellen haben (+32 TWh) den Wegfall des Atomstroms (-29,5 TWh) im ersten Jahr nach dem AKW-Aus komplett kompensiert. Gleichzeitig sank der CO₂-Ausstoss im Energiesektor um 24 %. Im Vergleich zum Juni 2021 als noch sechs AKW im Netz waren war der Strompreis im Februar 2024 um 1,7 ct/kWh günstiger. Die Versorgungssicherheit ist weiter auf einem hohen Niveau und die Stromnetze sind stabil. Bei den Stromimporten gab es einen leichten Anstieg. Hintergrund sind jedoch nicht Versorgungsengpässe, sondern Marktmechanismen, die sich an den jeweiligen Preisen auf dem europäischen Strommarkt orientieren. Deutschland hätte zu jedem Zeitpunkt seinen Strom selbst erzeugen können. Lediglich 26 % des insgesamt importierten Stroms kam aus Atomkraft, der Großteil stammte aus erneuerbaren Energiequellen.
- **Mythos „Alle Staaten bauen Atomkraftwerke“:** Atomkraft hat nur einen Anteil von etwa 9 % am globalen Strommix. Mitte 2024 waren insgesamt nur 408 Atomreaktoren in 32 Staaten in Betrieb. In den letzten 20 Jahren sind weltweit 102 Reaktoren neu ans Netz gegangen, es wurden jedoch 104 Reaktoren abgeschaltet. Allein China hat die Hälfte der Neubauten zu verantworten. Die wenigsten AKW-Neubaupläne werden realisiert. 11 Prozent aller AKW-Bauprojekte wurden nie vollendet. In Westeuropa bauen aktuell nur Großbritannien zwei und Frankreich einen Reaktorblock. Die AKW-Neubaupläne in der EU existieren nur auf Papier. Die angebliche Atom-Renaissance zielt in erster Linie auf gefährliche Laufzeitverlängerungen für alte Meiler ab. Atomkraft ist kein Massenprodukt oder eine Erfolgsgeschichte, sondern eine untergehende Nische
- **Mythos Wiederinbetriebnahme:** Die AKW müssten neu genehmigt werden und entsprechend jüngeren EURATOM-Richtlinien genügen. Dazu gehört neben umfassenden Sicherheitsprüfungen und auch kostenintensive Nachrüstungen. Technisch ist die Wiederinbetriebnahme von bereits abgeschalteten Reaktoren möglich. Der Aufwand und die Kosten wären jedoch immens. Teilweise sind Komponenten bereits verschrottet und müssten neu verbaut werden. Die Betreiber winken ab und das Fachpersonal steht ebenfalls nicht mehr zu Verfügung. Bei einer Wiederinbetriebnahme müssten die alten Reaktoren aus den 1980er Jahren bei Kosten in Milliardenhöhe noch für viele Jahre weiterlaufen. Das Unfallrisiko würde steigen, da die zentrale Komponente, der Reaktorkern, nicht ausgetauscht werden kann. Außerdem wäre der Atommüll-Konsens hinfällig und die Kostenfrage müsste neu geklärt werden.
- **Mythos Versorgungssicherheit:** Atomkraft ist nicht krisentauglich. Die Kriegssituation in der Ukraine zeigt, dass Atomkraftwerke im eigenen Land zur Waffe des Gegners werden können. Atomkraft ist außerdem von einer funktionierenden Infrastruktur abhängig. Fällt etwa die Stromversorgung und damit die Kühlung eines Reaktors oder eines Atommüll-Nasslagers komplett aus, drohen diese zu überhitzen. Die Folge wäre ein schwerer Unfall mit radioaktiven Freisetzungen.
 - Die Schwächen der Atomkraft zeigen sich auch in der Klimakrise. Extremwetterereignisse drohen Atomkraftwerke in Küstennähe zu überschwemmen. Dürren haben in den vergangenen Jahren wiederholt dazu geführt, dass Atomkraftwerke abgeschaltet werden mussten, weil angrenzende Flüsse zu wenig Wasser für die Reaktorkühlung führten. Im Atomland Frankreich verursacht das mitunter Engpässe, die sich negativ auf den gesamten europäischen Strommarkt auswirken.

- **Mythos Energieunabhängigkeit:** Atomkraft ist keine heimische Energiequelle und die Verfügbarkeit von Uran ist endlich. Zudem hat Russland das Urangeschäft fest im Griff. Seit Kriegsbeginn in der Ukraine sind die Uran-Anlieferungen aus Russland sogar um etwa 70 % gestiegen. Die EU bezieht derzeit rund 46 % ihres Uranbedarfs aus Russland, Kasachstan und Usbekistan. Diese massive Abhängigkeit ist der Grund, dass weder die EU noch die USA im Atomsektor bislang Sanktionen gegen Russland erhoben haben.
- **Mythos Neue Reaktoren/Small Modular Reactors:** Small Modular Reactors (SMR) sind kleine Reaktoren mit geringer Leistung. Aktuell werden sie im Zusammenhang mit angeblich neuen Reaktorlinien diskutiert. Tatsächlich handelt es sich bei den „neuen“ Reaktoren bislang nur um Konzepte, deren Realisierung aufgrund ungelöster zentraler technischer Probleme fraglich ist und allenfalls mindestens zwei Dekaden in der Zukunft liegt. Oftmals wird behauptet, neue Reaktortypen könnten den vorhandenen Atommüll beseitigen. Das ist falsch. Es führt kein Weg an einem Endlager vorbei – selbst wenn teilweise Abspaltungen von Radionukliden möglich sind.
 - Derzeit verfügbare SMR sind herkömmliche kleine Druckwasserreaktoren. Es handelt sich um Einzelanfertigungen, die auf die Kilowattstunde umgerechnet ein Vielfaches teurer sind als leistungsstarke Reaktoren. Sie werden bereits seit Mitte des letzten Jahrhunderts für militärische Zwecke eingesetzt, etwa als U-Boot-Antrieb. Für eine Serienproduktion gibt es weder eine Infrastruktur, noch Sicherheitskonzepte, noch gibt es das notwendige Knowhow oder ökonomische Anreize.
 - SMR dienen vor allem dem Erhalt der Atomwirtschaft auf Kosten der Allgemeinheit und für militärische Zwecke. Das US-Vorzeigeprojekt für die Entwicklung eines SMR der Firma NuScale ist 2023 gescheitert und hat 1,4 Milliarden US-Dollar versenkt.
- **Mythos Kernfusion:** Der aktuelle Hype um die Kernfusion ist politisch und nicht technisch begründet. Es ist unwahrscheinlich, dass die Kernfusionstechnik jemals in der Lage sein wird, im Reaktorkern ausreichend Tritium zu erbrüten, um im großen Maßstab Energie erzeugen zu können. Zwischen dem aktuellen Entwicklungsstand und der Inbetriebnahme eines Prototyps liegen ungelöste technische Probleme, mindestens drei Jahrzehnte Entwicklung und viele Milliarden Euro. Sollte es jemals gelingen, Kernfusionsreaktoren zu betreiben, würde dies das Atommüllproblem zudem verschärfen. Die Kernfusion erzeugt eine sehr hohe Strahlungsintensität. Dadurch werden Reaktorbauteile und das Gebäudeinventar aktiviert und müssen entsprechend wie Atommüll behandelt werden.

Was fordert der BUND?

- **Atomausstieg in Deutschland u. in der EU:** Die zukünftige Regierung bekennt sich im Koalitionsvertrag zum Atomausstieg. Die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass auf EU-Ebene keine Subventionen in Atomprojekte fließen bzw. keine Klimaschutzgelder umgeleitet werden. Das Finanzministerium fordert, dass die EIB nicht unter dem Deckmantel des Klimaschutzes Atomprojekte unterstützt. Der Atomausstieg wird verfassungsrechtlich abgesichert.



- **Schließung der Atomfabriken Lingen u. Gronau einleiten sowie die Schließung des Forschungsreaktors FRM Garching 2:** Stilllegung solange keine Umrüstung von hoch angereichertem Uran (HEU) auf niedrig angereichertes Uran (LEU) erfolgt ist. Atommüll aus Garching darf nicht in andere Zwischenlager verschoben werden. Vor Ort müssen eine Zwischenlagerstätte und Konditionierungsanlage errichtet werden
- **Beteiligungsprozess aufsetzen und neues Zwischenlagerkonzept erarbeiten:** Sicherheitsarchitektur der Zwischenlager angesichts der Langzeitlagerung u. Kriegs-/Terror-Gefahren neu bewerten u. anpassen
- Der KENFO darf nur Aktien u. Anleihen von Unternehmen enthalten, die mit strengen Ansprüchen an Nachhaltigkeit, Klima- und Umweltschutz vereinbar sind. **KENFO-Portfolio aufräumen!** Kriterien überarbeiten, konsequenter Ausschluss von umwelt- u. klimaschädlichen Branchen statt "Best-In-Class"-Strategie.
- Die Regierung bekennt sich zum **Standortauswahlverfahren** und dessen Grundsätzen in Artikel 1. Transparenz und Beteiligung müssen deutlich verbessert bzw. endlich umgesetzt werden. Es darf keine Beschleunigung des Verfahrens auf Kosten von Wissenschaftlichkeit, Sicherheit und Beteiligung geben.
- **Die Lagerung der schwach- und mittelradioaktiven Abfälle wird überprüft,** das geplante Atommülllager im ehemaligen Bergwerk Schacht Konrad **als ungeeignet eingestuft** und eine wissenschaftsbasierte und transparente neu aufgelegt.
- Die zukünftige Bundesregierung **unterschreibt und ratifiziert den Atomwaffenverbotsvertrag** der Vereinten Nationen von 2017.
- **Wirksamkeit von Klagerechten** - Funktionsvorbehalt bei Sicherheitsmaßnahmen: Die 17. AtG Novelle (2021) muss zurückgenommen werden.

IMPRESSUM

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)

Bundesgeschäftsstelle | Kaiserin-Augusta-Allee 5 | 10553 Berlin

Tel. +49 30 27586-40 | bund@bund.net

www.bund.net

V.i.S.d.P.: Nicole Anton | Kontakt: ruth.krohn@bund.net | Stand: 12/24